

# Kandidatur für die Landesliste zur Wahl des 20. Deutschen Bundestages

## Sigrid Hupach

**Geburtsdatum:** 09.09.1968  
**Wohnort:** Leinefelde  
**Familienstand:** geschieden  
**Beruf bzw. ausgeübte Tätigkeit:** Diplom-Ingenieurin (FH)



## Beruflicher Werdegang/Kurzbiografie

Ich bin 52 Jahre alt, in Leinefelde im Eichsfeld geboren und aufgewachsen, von Beruf Diplom-Ingenieurin und alleinerziehende Mutter von drei Söhnen. Nach einer kaufmännischen Ausbildung und einigen Jahren Berufstätigkeit absolvierte ich von 1995 bis 2000 ein Architekturstudium an der Fachhochschule Erfurt mit dem Abschluss Dipl.-Ing. (FH). Von 2000 bis 2002 Philosophiestudium in Göttingen und Ausbildung zur Mediendesignerin. 2002 bis 2010 Tätigkeit an Beruflichen Schulen II in Göttingen und als freiberufliche Architektin und Mediendesignerin. 2010 bis 2012 Tätigkeit beim Jugendwerk der AWO Heiligenstadt; von 2012 bis 2013 Wahlkreismitarbeiterin bei MdL Jörg Kubitzki in Mühlhausen; 2013 bis 2017 Mitglied der Linksfraktion im 18. Deutschen Bundestag; 2018 bis 2019 Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin für Infrastruktur in der Linksfraktion im Thüringer Landtag. Derzeit tätig als Wahlkreismitarbeiterin bei MdL Marit Wagler – Mitglied der Linksfraktion im Thüringer Landtag.

## Politische Kurzbiografie

Seit 2007 bin ich Mitglied der Partei DIE LINKE, war von 2009 bis 2019 Kreisvorsitzende der LINKEN. Eichsfeld. Seit 2009 bin ich als Kommunalpolitikerin tätig im Kreistag des LK Eichsfeld und seit 2019 im Stadtrat Leinefelde-Worbis. Von 2011 bis 2013 war ich Mitglied im Landesvorstand DIE LINKE. Thüringen und von 2018 bis Februar 2021 Mitglied im Parteivorstand DIE LINKE. Seit 2009 engagiere ich mich im Eichsfelder Bündnis für Demokratie und bin Mitglied im KOPOFOR Thüringen e.V.

## **Beweggründe für die Kandidatur**

Wir befinden uns nun schon im zweiten Corona-Krisenjahr, in schwierigen herausfordernden Zeiten - politisch und menschlich. Viele Menschen leiden und haben mit sozialen, gesundheitlichen und existenziellen Sorgen und Nöten zu kämpfen. Dabei leiden die schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft am stärksten. Die soziale Spaltung in unserem Land wurde und wird in der Krise sichtbar und größer. Als Partei, die als einzige ernsthaft für Frieden und soziale Gerechtigkeit steht, ist es deshalb für uns in diesem Jahr besonders wichtig, mit guten Wahlergebnissen gestärkt in den Parlamenten vertreten zu sein. Der Kampf um soziale Gerechtigkeit ist unsere Kernkompetenz. Die nächste Legislaturperiode wird geprägt sein von Verteilungskämpfen, wenn es darum geht, wer die wirtschaftlichen Schäden und Folgen der Krise bezahlen soll. Wenn wir die soziale Spaltung überwinden wollen, geht das nur mit Umverteilung von oben nach unten – mit einer gerechten Steuerpolitik, in der auch die oberen Einkommenschichten ihren Beitrag leisten und einer Vermögensabgabe der Reichsten in unserem Land zur Bewältigung der Krise.

Hier möchte ich mich mit meinen Erfahrungen und Kompetenzen einbringen und für die Interessen der Thüringer\*innen streiten und kämpfen. Als Infrastrukturpolitikerin und langjährige Kommunalpolitikerin kenne ich die Probleme im ländlichen Raum sehr gut und weiß, wo der Schuh drückt. Ich habe die Umbrüche der Nachwendezeit bewusst miterlebt, erinnere mich noch gut an die Arbeitskämpfe der 1990er Jahre, die Folgen der De-Industrialisierung des Ostens mit Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen Zerstörung von Existenzgrundlagen. Auch persönlich kenne ich das Leben in befristeten und immer wieder wechselnden Arbeitsverhältnissen und die damit fehlende Planbarkeit für Familiengründung.

Zu Beginn der 2000er Jahre wurden durch die Bundesregierung die sozialen Sicherungssysteme abgebaut und ausgehöhlt mit der Einführung von Hartz IV und der Absenkung des Rentenniveaus, unter denen die Menschen bis heute zu leiden haben. Mit der Deregulierung der Finanzmärkte und dem Outsourcing von vielen Bereichen in den Unternehmen wurden weitere fatale Schritte gegangen. Die Privatisierung von öffentlicher Daseinsvorsorge, wie z. B. im Gesundheitssystem, im ÖPNV oder die Aufgabe des Gemeinnützigen Wohnungsbaus in der 1990er Jahre haben ihre Spuren hinterlassen und zeigen gerade jetzt in der Krise, dass sie politische Fehlentscheidungen waren und korrigiert werden müssen. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land, in Nord, Süd, Ost und West herzustellen, ist ein erklärtes politisches Handlungsziel der Bundesrepublik seit der Wiedervereinigung. Bis heute, nach über 30 Jahren ist dieses Ziel nicht erreicht. Gleichwertig bedeutet nicht gleich, aber die Daseinsversorgung mit guten und bezahlbaren Wohnangeboten, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, Kultur- und Freizeitvielfalt, einer guten Wirtschafts- und Verkehrsinfrastruktur mit einem bedarfsgerechtem öffentlichen Nahverkehrsnetz muss auch im ländlichen Raum gewährleistet sein. Ungleiche Löhne und ungleiches Rentenniveau in Ost und West sind die Realität bis heute – deshalb ist linke Ostpolitik für uns immer noch aktuell und darf keine Geschichte sein bis eine Angleichung erreicht ist.

Für diese Themen streite und kämpfe ich seit Jahren und möchte meine Erfahrungen in einer zweiten Legislatur in der Linksfraktion im Bundestag einbringen – für eine friedliche und sozial gerechtere Gesellschaft.